

Börsen-Zeitung vom 14.08.2020, Nr. 155, S. 7

GREEN RECOVERY: WIE GRÜN KANN DER WIEDERAUFBAU SEIN?

Entkopplung heißt das Zauberwort

Klimaschutz muss in Krisenzeiten nicht leiden - Europäische Union setzt auf einen grünen Wiederaufbau

Der wirtschaftliche Wiederaufschwung nach Corona und der Klimaschutz schließen sich nicht aus. Die Europäische Union und Deutschland zeigen gute Ansätze, wie Wirtschaftswachstum unter klimaschutzrechtlichen Vorgaben möglich ist - auch und gerade in Krisenzeiten.

Von Anna Steiner, Frankfurt

Börsen-Zeitung, 14.8.2020

Viele Jahre galt Deutschland als Vorreiter in Sachen Klimaschutz. Zwar bewegt sich die Bundesrepublik gemäß dem Klimaschutz-Index der Organisation Germanwatch (siehe Grafik unten) nur im Mittelfeld, aber die Regierung gilt als ambitioniert. Für das teure Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wurden die Deutschen im Ausland gar belächelt. Immerhin: 2019 machten die erneuerbaren Energien 46 % im deutschen Strommix aus. Erst im vergangenen Jahr beschloss der Bundestag ein umfassendes Klimapaket und schließlich im Herbst auch den Kohleausstieg bis 2038. Allein der Kohleausstieg wird etwa 40 Mrd. Euro kosten - die Entschädigungszahlungen an die Kraftwerksbetreiber ausgenommen.

Dass die Treibhausgasemissionen in Deutschland 2019 deutlich sanken, hatte jedoch nur mittelbar mit den Klimaschutz-Maßnahmen zu tun. In erster Linie konnten die erneuerbaren Energien Boden gutmachen, weil es ein sehr wind- und sonnenreiches Jahr war. Gleichzeitig waren die Weltmarktpreise für Gas niedrig. Der reformierte europäische Emissionshandel sorgte für einen steigenden CO₂-Preis. Dieser liegt zwar (siehe Grafik rechts) mit 25 Euro von 2021 an deutlich unter den Empfehlungen der Wirtschaftsinstitute. Er ließ aber die Kohlekraftwerke im Vergleich zu den emissionsärmeren Gaskraftwerken unwirtschaftlicher werden. Und dann verlor das Wirtschaftswachstum in Deutschland 2019 auch noch deutlich an Schwung: Nach 1,5 % im Jahr 2018 legte das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2019 nur um 0,6 % zu.

Bedeutet ein sinkendes Wirtschaftswachstum also eine Entlastung fürs Klima? Die beiden Größen korrelieren nur bedingt. Das Zauberwort heißt "Entkopplung". Und Deutschland selbst macht vor, wie das gelingen kann. Gemeint ist mit dem klimaökonomischen Begriff die Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch.

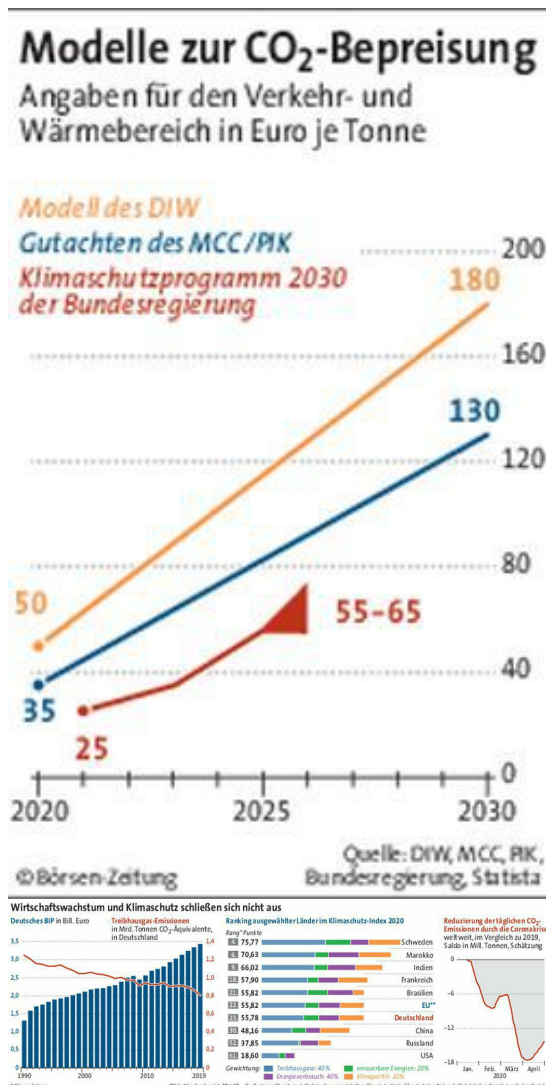
Eine sogenannte "absolute Entkopplung", also steigendes Wachstum bei gleichzeitig sinkendem Ressourcenverbrauch ist heute zwar technisch noch nicht möglich. Hierzulande ist aber zumindest die Tendenz zu einer "relativen Entkopplung" erkennbar. Das heißt: Das deutsche Wirtschaftswachstum stieg in den vergangenen Jahren, während der Ressourcenverbrauch auf einem stabilen Niveau blieb. Pro BIP-Einheit werden so weniger klimaschädliche Treibhausgase in die Atmosphäre abgegeben (siehe Grafik unten). In Zahlen bedeutet das: Das BIP in Deutschland stieg seit 1991 von 1,59 Bill. Euro auf 3,44 Bill. Euro im Jahr 2019 und hat sich damit mehr als verdoppelt. Gleichzeitig sanken die Treibhausgasemissionen deutlich von 1 251 Mill. Tonnen CO₂-Äquivalenten im Jahr 1990 auf 805 Mill. Tonnen im vergangenen Jahr. Eine Prognose für dieses Jahr ist aufgrund der Coronakrise allerdings nur schwer möglich. Die Bundesregierung rechnet für 2020 mit einem Rückgang des BIP um 6,3 %. Gleichzeitig hat der bundesweite Lockdown im Frühjahr zu sinkenden Treibhausgasemissionen geführt - nicht nur hierzulande, sondern global (siehe Grafik unten).

Der Thinktank OMFIF fordert in einem Positionspapier, der Aufschwung nach Corona müsse mehr als grün sein. "Der Klimaschutz darf kein weiteres Opfer von Covid-19 werden", sagt OMFIF-Ökonom Mark Cliffe. Der Schlüssel müsse nun sein, den Wiederaufbau nach der Coronakrise so zu gestalten, dass er Hand in Hand gehe mit dem Klimaschutz.

Für Cliffe ist Corona eine Chance. Die Regierungen stellten ohnehin gerade unter Beweis, dass sie radikale Schritte unternehmen können, um gesellschaftliche und Verhaltensänderungen zu begünstigen. Das zeigt auch der EU-Hilfsfonds, den die Staats- und Regierungschefs aufgelegt haben: 1,074 Bill. Euro im Rahmen des Hilfsfonds und des mehrjährigen Finanzrahmens des EU-Haushalts werden teilweise sogar über Schulden finanziert, die die EU erstmals in ihrer Geschichte aufnehmen wird. 30 % der Gelder sollen direkt oder indirekt in den Klimaschutz investiert werden.

Die EU-Kommission selbst schreibt in ihrer Mitteilung an das Parlament: "Durch diese Investitionen dürfte der europäische Grüne Deal ein Motor zur Schaffung von Arbeitsplätzen werden." Unter anderem über eine Plastiksteuer und die CO₂-Bepreisung (siehe Beitrag auf dieser Seite) sollen die Ausgaben finanziert werden. Damit macht sie deutlich: Trotz der Krise hält sie an ihrem im vergangenen Jahr vorgestellten "Green Deal" fest.

Anna Steiner, Frankfurt



Quelle: Börsen-Zeitung vom 14.08.2020, Nr. 155, S. 7

ISSN: 0343-7728

Rubrik: GREEN RECOVERY: WIE GRÜN KANN DER WIEDERAUFBAU SEIN?

Dokumentnummer: 2020155041

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/BOEZ_ed759299e0da029bf32f3fe153358a585469d87e

Alle Rechte vorbehalten: (c) Börsen-Zeitung

